

Berliner Tageblatt



Nr. 407

und Handels-Zeitung

Freitag, 23. August 1923

Verleger: Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Einigung im Baugewerbe.

Die Generalaussperrung unterbleibt.

Noch keine Vereinbarung mit den Tiefbauarbeitern.

Aus dem in einem großen Teil unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Bericht ging bereits hervor, daß es nicht zur Ausperrung kommen und eine Einigung im Bauarbeiterkreis unmittelbar bevorsteht.

Der Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes teilt die im Reichsarbeitsministerium am gestrigen Nachmittage eingeleiteten Verhandlungen zwecks Erklärung der Unmöglichkeit des am 14. August gefällten Schiedspruches nach außerordentlich schwierigen, während der Nacht durchgeführten Verhandlungen heute vormittag zu einer Einigung geführt. Durch wird die angekündigte Generalaussperrung aufgehoben. Leider muß festgestellt werden, daß diese Einigung durch die Arbeitgeberverbände des Bau- und Betonbaugewerbes mit schweren Opfern erkämpft wurde. Nicht nur die Sacharbeiterlöhne in kritischen Gebieten wurden erhöht, sondern auch die Löhne der Hilfsarbeiter erlitten teilweise eine Erhöhung bis fünf Pfennig pro Stunde. Lediglich der Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes e. V. Berlin, was die Tiefbauarbeiter anlangt, jede Lohn- und Gehaltsabgleichung. Für die Tiefbauarbeiter ist in den kritischen Gebieten eine tarifliche Vereinbarung nicht zustande gekommen. Diese wurde jedoch keineswegs Schwierigkeiten nach sich gezogen.

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Tragweite der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, durch die unmittelbar und mittelbar ein bis zwei Millionen Menschen durch Arbeitslosigkeit bedroht und die wirtschaftliche Lage gefährdet waren, hat das Reichsarbeitsministerium die Parteien nochmals zu Verhandlungen geladen. Am 23. August haben sich die Parteien nach 17 stündiger Verhandlung selbstständig vereinbart. Die vereinbarten Löhne, die in einzelnen Fällen zwischen 1 und 5 Pfennig für Sacharbeiter und zwischen 2 und 4 Pfennig für Bauhilfsarbeiter über dem Schiedspruch liegen. Die Löhne gelten vom 1. August bis 30. November d. J. Im übrigen wurde der Schiedspruch beiderseits anerkannt. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen.

Der gestern im Hamburger Gewerkschaftshaus abgehaltenen Sitzung der Hamburger Hafenarbeiter ist dem am 22. August vor dem Schlichtungsausschuß zugestanden worden. Die Lohnabkommen zugeteilt worden. Das neue Abkommen, das den Schlichtung von 6.70 Mark auf 7.20 Mark erhöht bis zum 31. Dezember Gültigkeit.

Der Friede im Baugewerbe.

Schon morgen Wiederaufnahme der Arbeit.

P. M. Die langwierigen Verhandlungen im Baugewerbe haben am heutigen Vormittag endlich zu einer Einigung geführt. Nachdem die Erhöhung für die Löhne der Sacharbeiter bereits bewilligt worden war, haben die Arbeitgeber auch in eine Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne eingewilligt. Nur im Tiefbau bleiben noch einige Differenzen, die aber hoffentlich gleichfalls demnächst beigelegt sein werden. Als Gesamtergebnis kann mit Genugtuung verzeichnet werden, daß die Arbeit im Baugewerbe unverzüglich wieder aufgenommen werden wird und daß die drohende allgemeine Ausperrung der Bauarbeiter, die zu unabwehrbaren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konsequenzen geführt haben würde, im letzten Augenblick vermieden worden ist.

Eine Abwägung des mehr oder weniger gerechtfertigten Standpunktes der einen oder der anderen Seite, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hätte in diesem Augenblick wenig Zweck und könnte höchstens dazu beitragen, eine nachträgliche Verbitterung zu schaffen, die unter allen Umständen vermieden werden muß. Daß auf beiden Seiten ein subjektives Recht vorhanden war, kann nicht in Abrede gestellt werden. Die Bauhandwerker, die sich plötzlich vor einer ungewöhnlichen Konjunktur sahen, wollten ihre in den letzten Jahren sehr unzulänglichen Lebensverhältnisse wieder auf ein normales Maß bringen, was ihnen nicht verdracht werden kann; und die Unternehmer wieder mußten sich sagen, daß die Bautätigkeit erlöschen müßte, wenn die Preise für die Verhüttelung von Wohnungen über ein tragbares Maß erhöht würden. Soviel wird die Dinge übersehen, ist jetzt durch die erfolgte Einigung ein erträglicher Zustand geschaffen worden, durch den beiden Seiten die Möglichkeit zur Weiterarbeit geboten worden ist. Wir möchten darüber hinaus die Hoffnung aussprechen, daß die Einigung im Baugewerbe auch auf die übrigen Lohnkämpfe, besonders im Transportgewerbe und in der Textilindustrie, befähigend einwirken mögen. Was wir in der heutigen außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes brauchen, das ist zunächst einmal Arbeit und wieder Arbeit. Auf anderem Wege würden wir niemals wieder in die Höhe kommen, sondern uns nur wirtschaftlich selbst gefährden.

Alle Schädendes neunwöchigen Lohnkampfes im Baugewerbe werden sich nicht wieder befehlen lassen. Die unfertha dahingehenden Bauten sind inzwischen schwer in Mitleidenschaft gezogen worden; notwendige Reparaturen müssen dem Weiterbau vorgezogen. Die Jahreszeit ist vorgeschritten, und in wenigen Monaten wird man mit Wohnungsüberbrückungen durch ungenügende Mitterungsverhältnisse rechnen müssen. Nicht alle Bauten, die vor Eintritt des Winters fertiggestellt werden sollten, werden jetzt noch schlüsselfertig hergestellt werden können. Für die Zukunft, die endlich auf die Zuweisung einer Wohnung gerechnet hatten, wird es bittere Enttäuschungen geben. (Bgl. auch Seite 3.)

Vor der Juristenkonferenz.

Außenministerkonferenz in Lausanne?

Noch im September.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 23. August.

Der gestern vom deutschen Botschafter überreichte Antwortschreiben die letzte französische Entschleunigung der „Petit Parisien“ über die in sehr positiven Worten den Empfang der französischen Note und erklärt sich dann mit der Einberufung eines französischen Ausschusses in London einverstanden, wie es der französische Botschafter in Berlin im Namen der Alliierten dem Außenminister vorgeschlagen habe. Der „Petit Parisien“ setzt auseinander, warum die deutsche Antwortnote so schnell worden ist. Das französische Dokument habe den Wunsch Ausdruck gebracht, das System des Notwendigkeits aufzugeben, da viele Schwierigkeiten und Verzögerungen mit sich bringen. Die Antwort hätte daher keine ins einzelne gehende Antwort enthalten, die notwendigweise eine gewisse Überlegung erfordert hätte. Da Deutschland genötigt war, eine Umschweife über die ihm übermittelte Einladung zu machen, hätte es andererseits diesen Vorschlag nicht weigern können, ohne dem Vorwurf des schlichten Willens zu unterliegen. Eine Weigerung seinerseits wäre schließlich als ein Verstoß gegen die Würdigung seiner Angebote vom Februar 1923 als ein Mangel an Aufrichtigkeit angesehen worden. Deutschland hätte den moralischen Nutzen der Initiative, die von ihm ergriffen worden sei und aus der es ungenügende Vorteile zu ziehen hofft, eingehend. Deutschland habe den Zeit gewährt und das Gespräch sofort aufgenommen. Dieser Schritt werde die Weiterentwicklung der Dinge merklich beschleunigen.

„Petit Parisien“ hält es sogar für möglich, daß, wenn die Arbeiten des Ausschusses einen günstigen Verlauf nehmen, die Außenminister

nach im Laufe des nächsten Monats in der Schweiz, vielleicht in Lausanne, sich treffen. Dann äußert der „Petit Parisien“ aber einige Bedenken zu den Vorberathungen, die das in Berlin veröffentlichte Kommuniqué über die französische Note enthält, und auf die Dr. v. Koch geltend macht. Die Verhandlungen sind einmal hingeworfen habe. Diese Ausführungen schwächen nach Ansicht des Blattes die Tragweite der letzten deutschen Seite merklich ab. Die Wilhelmstraße geht nicht nur zu verstehen, daß zahlreiche Punkte von fundamentaler Bedeutung noch zu besprechen bleiben, die Deutschlands endgültige Haltung modifizieren könnten, sondern sie scheinbar noch gewisse Einwände betreffend den Eintritt in den Völkerbund aufrechtzuerhalten und schließlich aus der Räumung der Kölner Zone eine der Bedingungen für den Abschluß des Paares zu machen. Das Blatt fährt dann fort: „Dieser Versuch, zwei absolut verschiedene Fragen miteinander zu verquiden, ist ebenso klar wie unzulässig. Er zeigt, daß das deutsche Angebot vom Februar nicht ohne Hintergedanken gemacht worden ist. Man würde sich also nicht zu früh dazu begnügen können. Nur die Diskussion, die zwischen den Sachverständigen demnächst beginnen wird, wird instande sein, Rechenschaft darüber abzulegen, ob die Reichsregierung wirklich den Willen hat, zu einem Ende zu kommen, oder ob sie nur dem Schein zu wehren und letzten Endes die Verantwortung für ein Scheitern des Paares auf die Alliierten und besonders auf Frankreich zurückwerfen sucht.“

Bern, 23. August.

Der „Gazette de Lausanne“ wird aus Paris gemeldet, nach Beendigung der Londoner Besprechungen zwischen Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens werde die Konferenz der Außenminister der vier Länder wahrscheinlich in Lausanne stattfinden.

(Siehe auch Seite 2.)

Polen und die Passverhandlungen.

Die Presse spricht von der Kapitulation Briands. — Die Angst vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. — Der Schrei nach einem ständigen Sitz Polens im Völkerbundsrat. Polens Außenpolitik am Scheidewege.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Warschau, im August.

Die Londoner Verhandlungen über die Sicherheitskapitulation fanden während der Abwesenheit des polnischen Außenministers Strzyński von Polen statt. Graf Strzyński war auf der Rückreise von seiner im großen und ganzen schlagelagerten Propagandareise nach Amerika begriffen, als angeblich am grünen Tisch in London auch der Osten betreffende wichtige Entscheidungen getroffen wurden. Zwar verlautet über den Inhalt dieser Entscheidungen nichts Genaues, doch beraten die Warschauer politischen und zum Teil auch die parlamentarischen Kreise eine sehr große Nervosität, die hauptsächlich auf die Pariser Informationen über die Londoner Verhandlungen zurückzuführen sind.

Vielleicht werden die Ergebnisse der Londoner Konferenz Briands als sehr gefährlich für Polen bezeichnet, zum Teil spricht man „von der Kapitulation Briands“, was in den politischen Kreisen Warschaus um so größere Niedergeschlagenheit hervorruft, als nach früheren Pariser Verhandlungen der Außenminister Strzyński vor seiner Einschiffung nach Amerika in einer Unterredung mit Briand feste Zusicherungen bezüglich der Sicherung der Westgrenzen Polens erhalten haben sollte. Diese Zusicherungen hätte Briand jedoch nach den neuesten Pariser Informationen nicht halten können. Einige Blätter schreiben, daß in London die Grenzen Polens ein Handelsobjekt gebildet haben, nach anderen Mätern stellt die größte Gefahr für Polen nicht mehr der bisherige polnische „Patriotismus“ tief kränkende Umstand dar, daß Deutschland nunmehr in den Völkerbund eintreten soll, vielmehr, daß der Osten nur dann im Sicherheitspakt berücksichtigt werden soll, wenn Polen und die anderen Randstaaten die Verpflichtung eingehen, an der von England angestrebten kriegerischen Aktion gegen Sowjetrußland teilzunehmen.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beunruhigt eigentlich nur die Organe der Reichsregierung, die erklären, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund den Charakter des Völkerbundes grundsätzlich verändern würde, da durch diese Maßnahme aus dem Völkerbund ein Kampferrain (?) geschaffen würde, auf welchem Deutschland Anforderungen machen könnte, eine Abgabe auf die territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrags durchzuführen. Auf dieses Terrain müßte sich, so fordert das hauptstädtische Organ der Nationaldemokraten, heute die Schutzaktion von polnischer Seite konzentrieren. Polen müßte zumindest (!) sich in der gleichen (!) Position befinden wie Deutschland, fordert dasselbe Blatt weiter, und das werde erst dann erfolgen, wenn Polen einen ständigen Sitz im Völkerbundsrate erhalte! Nach diesem ständigen Sitz Polens im Völkerbundsrate schreit sich übrigens die gesamte polnische Presse die Kette aus, gegenwärtig am meisten die nationalstiftischen Zeitungen; obwohl gerade diese Presse vom Völkerbunde bisher nichts wissen wollte und sich oftmals in sehr scharfen Worten gegen die Völkerbunds- politik des Grafen Strzyński ausgesprochen hat. Inzwischen Segnungen vom Völkerbunde erhoffen die nationalstiftischen Kreise Polens, die alles Heil Polens in einer dreizehntägigen Handlungspolitik gegen Deutschland sehen, nicht. Sie wollen es nicht dulden, daß das besiegte, durch den Versailler Vertrag gefesselte Deutschland sich wieder erhob. Man hat nämlich in Polen den Versailler Vertrag stets als ein famoses Mittel zur jahrhundertelangen Niederhaltung Deutschlands angesehen und fand darum nicht mit dem Gedanken anfinden, daß Deutschland sich politisch und wirtschaftlich wieder aufrufen könnte. In der polnischen Bevölkerung hat man auf diese Weise den Glauben erziehen lassen, daß „Neu-Polen seine wieder erlangte Freiheit nun solange bewahren werde, als Deutschland durch den Versailler Vertrag gedroselt werden könne“. Und in dem Maße, wie nun Deutschland sich von den schweren Kriegswunden erholt, nimmt in Polen der Pessimismus zu. Man hegt heute bereits Zweifel über die Zukunft Neu-Polens, so daß ein Teil der Presse sich schon veranlaßt sah, gegen diese trübe Stimmung im Volke heftig anzukämpfen. Trotzdem wird der Dawes-Plan hier vielfach als ein Nagel zum Sarge Polens und die von Deutschland angestrebte Revision der polnischen Westgrenzen als der „Beginn der vierten Teilung Polens“ bezeichnet. Man könnte daraus ersehen, daß die Staatsidee in Polen keinesfalls so tief verwurzelt geschlagen hat, wie es die nationalstiftische Presse die Welt immer wieder glauben machen wollte.

Der Sicherheitspakt beunruhigt alle Kreise Polens ungeheuer. Die angebliche Absicht Englands, den Osten im Sicherheitspakt zu berücksichtigen, wenn Polen sich verpflichten würde, an dem von England angestrebten Kreise (?) gegen Sowjetrußland teilzunehmen, wird meist als ein überaus politen in die Augen fallendes Angebot angesehen. „England wolle Polen sich wachen, wolle Polen opfern“, sagt man. Wenn der fünftägige Krieg Polens gegen Sowjetrußland wie ein Damoklesschwert über Polen schwebte, würde kein ausländischer Staat zu der Unterstützung Polens Vertrauen lassen, das ausländische Kapital wäre noch weniger als bisher